

Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025, 20:00 Uhr, im Kulturzentrum "Alts Schlachthaus" in Laufen

Vorsitz Roland Stoffel
Protokollführerin Alexandra Buser, Stadtverwalterin

010.1	Eingangsfeststellungen Gemeindeversammlung Eingangsfeststellungen	Geschäfts Nr. 1582
-------	--	--------------------

Traktandenliste

1. **Beschlussfassung über zwei Gemeinde-Initiativen:**
 1. **Nichtformulierte Gemeinde-Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative»)**
 2. **Formulierte Gemeinde-Initiative über die gerechte Verteilung der staatlichen Bankgewinne («Bankgewinn-Initiative»)**
2. **Genehmigung des Budgets 2026; Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für natürliche und juristische Personen**
3. **Neues Reglement über die Mehrwertabgaben**
4. **Neues Reglement zur Erhebung einer Konzessionsabgabe Stromversorgung**
5. **Verschiedenes, Mitteilungen, Anträge**

Protokollvermerk

Die Eingangsfeststellungen zu den einzelnen Traktanden werden zusammengefasst. Die Präsentationen zu den einzelnen Referaten sind dem Protokoll als Anhang beigelegt. Wortmeldungen und Anträge werden insbesondere bei Dissens ausführlicher erfasst. Direkt übersetzter Wortlaut wird in französischen Anführungszeichen («») wiedergegeben. Deutsche Anführungszeichen („“) zeigen Eigennamen, Hervorhebungen oder umgangssprachliche Äusserungen an. Zitate im Zitat werden mit Anführungszeichen oder Apostrophen (‘’) angezeigt. Inhaltliche Anmerkungen und Formelles werden kursiv dargestellt. Alle diese Formatierungen können für eine bessere Übersicht mit fetter Hervorhebung kombiniert werden.

Auf ein Wortprotokoll wird verzichtet.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Der Vorsitzende Roland Stoffel heisst die Einwohnerinnen und Einwohner von Laufen, die Mitglieder des Stadtrates und die anwesenden Gäste zur 4. Gemeindeversammlung des Jahres 2025 herzlich willkommen.

Als Gäste werden **Guido Grütter** von der Firma Federas Beratung AG begrüsst, ebenso **Ivan Künzli**, Leiter Finanzabteilung der Stadt Laufen.

Stadtverwalterin Alexandra Buser wird für die Vorbereitung der heutigen Gemeindeversammlung gedankt.

Es gibt keine Entschuldigungen.

Von den Medien werden **Thomas Immos** (Wochenblatt) und **Michael Meury** (bz) begrüsst.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung zur Versammlung reglementskonform nach § 1 Abs. 1 und 2 des Organisationsreglements der Stadt Laufen rechtzeitig ergangen und demnach mind. zwanzig Tage vorher im Wochenblatt sowie im Aushang publiziert worden ist.

- Die Publikation im Wochenblatt wie auch im Aushang erfolgte am 20. November 2025.
- Allfällige Beilagen zu den Traktanden konnten seit besagter Publikation auf der Verwaltung eingesehen resp. bestellt bzw. auch der Website der Stadt Laufen entnommen werden.

Der Vorsitzende weist die Versammlung auf Folgendes hin:

- Die Versammlung wird zwecks Protokollierung auf Tonträger aufgezeichnet. Es wird mit Stillschweigen davon ausgegangen, dass alle Anwesenden damit einverstanden sind.
- Bei Wortmeldungen sind Name und Vorname deutlich zu nennen sowie anzugeben, ob es sich um eine Frage, Information, Bemerkung, einen Antrag oder Ordnungsantrag handelt.
- Für Wortmeldungen steht das Mikrofon in der Saalmitte zur Verfügung.
- Aus zeitlichen Gründen werden die Rednerinnen und Redner gebeten, sich auf eine Redezeit von maximal drei Minuten zu beschränken. Auch die Mitglieder des Stadtrats werden gebeten, ihre Präsentationen entsprechend kurz und prägnant zu halten.

Der Vorsitzende hält fest: Stimmberechtigt für die Versammlung sind die in Laufen wohnhaften, volljährigen und mündigen Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft. Die nicht stimmberechtigten Personen werden gebeten, sich in den bezeichneten Gästebereich zu begeben.

Der Vorsitzende fragt die Versammlung, ob es Einwände gegen die Stimmberechtigung von Anwesenden gibt, was nicht der Fall ist. Damit erklärt er die Versammlung für offiziell eröffnet und wünscht spannende sowie gute Diskussionen.

Als Stimmzähler wird **vom Vorsitzenden Bruno Vogel** zur Wahl vorgeschlagen.

://: Diese Wahl ist unbestritten.

Der Vorsitzende bedankt sich bei **Bruno Vogel** für die Übernahme dieses Amtes.

Protokollvermerk: Es sind insgesamt 158 Personen anwesend, darunter 132 Stimmberechtigte und 16 Gäste.

Der Vorsitzende leitet zur Genehmigung des letzten Protokolls der Gemeindeversammlung vom 25. September 2025 über.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

010.1	Protokollgenehmigung Gemeindeversammlung Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 25.09.2025	Geschäfts Nr. 1579
-------	--	--------------------

Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung lag wie üblich mind. 10 Tage vorher bei der Stadtverwaltung gemäss § 59 Gemeindegesetz öffentlich zur Einsicht auf und kann auch auf der Website der Stadt Laufen eingesehen werden.

Der Vorsitzende beantragt der Versammlung die Genehmigung des Gemeindeversammlungsprotokolls vom 25. September 2025. Nachdem keine Korrekturen, Ergänzungen oder Wortmeldungen erfolgen, kommt es zur Abstimmung:

Ja-Stimmen: Viele
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: -

://: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 25. September 2025 wird genehmigt.

Stadtverwalterin Alexandra Buser wird für die Abfassung des GV-Protokolls gedankt.

Damit leitet **der Vorsitzende** zur Genehmigung der Traktandenliste über.

010.1	Geschäftsverzeichnis Gemeindeversammlung Geschäftsverzeichnis gemäss Einladung	Geschäfts Nr. 1581
-------	---	--------------------

Der Vorsitzende stellt die Traktandenliste vor und beantragt der Gemeindeversammlung, das Geschäftsverzeichnis in der vorliegenden Reihenfolge zu genehmigen.

Nachdem keine Wünsche nach Änderungen oder Ergänzungen eingehen, stellt der Vorsitzende fest:

://: Das Geschäftsverzeichnis wird genehmigt.

Damit leitet er zum ersten Traktandum über und übergibt das Wort an **Stadtpräsident Pascal Bolliger**.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

000.3	Vernehmlassungen 2025	Geschäfts Nr. 1717
1	Beschlussfassung über zwei Gemeinde-Initiativen	PB

Sachverhalt gemäss Einladung und Geschäftsverzeichnis

Traktandum 1: Beschlussfassung über zwei Gemeinde-Initiativen

Stadtpräsident Pascal Bolliger begrüsst die Anwesenden und stellt das Traktandum vor. Zur Veranschaulichung seiner Ausführungen verwendet er die entsprechenden Präsentationsfolien sowie das Detaildokument.

Er erklärt, dass elf Gemeinderäte des Kantons Basel-Landschaft diese Initiativen gemeinsam erarbeitet haben. Zudem erläutert er den Unterschied zwischen einer nichtformulierten und einer formulierten Gemeinde-Initiative. Bei einer nichtformulierten Gemeinde-Initiative hat der Kanton 24 Monate Zeit, die Initiative dem Volk zur Abstimmung vorzulegen, bei einer formulierten Gemeinde-Initiative beträgt diese Frist 18 Monate.

1) Nichtformulierte Gemeinde-Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!»-Initiative)

Stadtpräsident Pascal Bolliger erläutert den Inhalt der Initiative. Ziel ist es, die Aufgaben und finanziellen Mittel zwischen Kanton und Gemeinden fairer zu verteilen. Die Initiative verfolgt dabei zwei Anliegen: Einerseits soll mehr Transparenz geschaffen werden. Der Regierungsrat soll künftig in jenen Vorlagen an den Landrat, welche die Gemeinden betreffen, die Auswirkungen auf die Gemeindeebene darlegen und erläutern sowie die konkreten Kostenfolgen für die Gemeinden transparent ausweisen und dem Landrat zur Kenntnis bringen. Andererseits soll der Kanton bei Aufgaben, bei denen die Gemeinden Träger sind, jene Mehrkosten übernehmen, die den Gemeinden infolge kantonaler Entscheide entstehen.

2) Formulierte Gemeinde-Initiative über die gerechte Verteilung der staatlichen Bankgewinne («Bankgewinn-Initiative»)

Weiter stellt **Stadtpräsident Pascal Bolliger** die zweite Initiative vor. Bei der «Bankgewinn-Initiative» geht es um eine fairere Verteilung der Bankgewinne. Derzeit wird der Gewinn der Kantonalbank ausschliesslich an den Kanton ausgeschüttet. Die Initiative verlangt, dass ein Drittel des Gewinns an die Gemeinden ausbezahlt wird. Die Staatsgarantie wird dabei berücksichtigt, das heisst, die Gemeinden müssten nicht für Verluste aufkommen, falls sich die finanzielle Lage der Bank verschlechtern sollte. Die Verteilung an die Gemeinden soll nach Einwohnerzahl erfolgen, dies scheint gemäss den Initianten die gerechteste Form zu sein. Damit wird der Forderung nach zusätzlichen Einnahmequellen für die Gemeinden Rechnung getragen. Für die Stadt Laufen würde dies jährliche Mehreinnahmen von rund CHF 400'000.– bedeuten.

Wie **Stadtpräsident Pascal Bolliger** erklärt, haben mehrere Gemeinden den Initiativen bereits zugestimmt und unterstützen damit die Anliegen zur fairen Aufgabenverteilung und gerechten Gewinnbeteiligung. Wenn nun auch die Gemeindeversammlungen von Arisdorf und Laufen zustimmen, können die Initiativen im Januar 2026 dem Kanton übergeben werden.

ANTRAG

Der Stadtrat beantragt der Gemeindeversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

1. Der nichtformulierten Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative») wird zugestimmt und der Stadtrat ermächtigt, bei Bedarf die Initiative zurückzuziehen.
2. Der formulierten Initiative über die gerechte Verteilung der staatlichen Bankengewinne «Bankgewinn-Initiative» wird zugestimmt und der Stadtrat ermächtigt, bei Bedarf die Initiative zurückzuziehen.

EINTRETEN

Der Vorsitzende fragt, ob das Eintreten bestritten wird. Es erfolgen keine Wortmeldungen. Damit ist das Eintreten beschlossen und die Diskussion wird eröffnet.

DISKUSSION

Georges Schnell meldet sich zu Wort. Er begrüsst die beiden Initiativen, fragt jedoch, ob deren Inhalt noch erweitert werden könne. Er verweist dabei insbesondere auf die Staatsgarantie: Sollte diese zum Tragen kommen, würde der Staat einspringen und allfällige Verluste der Kantonbank decken – letztlich finanziert durch Steuergelder. Es sei daher gerechtfertigt zu prüfen, ob die Gemeinden nicht auch an der Abgeltung für die Staatsgarantie von 5,5 Mio. Franken beteiligt werden sollten. Zudem erhalte der Kanton jährlich einen Beitrag von der Nationalbank. Es stelle sich die Frage, ob auch dieser Zustupf teilweise den Gemeinden zugutekommen könnte.

Stadtpräsident Pascal Bolliger erklärt, dass er dieses Votum sehr begrüsse. Zum jetzigen Zeitpunkt müssten jedoch alle Gemeinden über denselben Initiativtext abstimmen; inhaltliche Änderungen seien heute daher nicht möglich. Sollten die Initiativen angenommen werden, bestehe im Rahmen des weiteren Verfahrens – insbesondere im Mitwirkungsverfahren – die Möglichkeit, Anpassungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Voten. Da keine Wortmeldungen eingehen, leitet er zur Abstimmung über. Er stellt fest:

Dafür: Viele

Dagegen: -

Enthaltungen: -

Damit hat die Gemeindeversammlung jeweils **einstimmig** beschlossen:

- ://: 1. Der nichtformulierten Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative») wird zugestimmt und der Stadtrat ermächtigt, bei Bedarf die Initiative zurückzuziehen.**
- ://: 2. Der formulierten Initiative über die gerechte Verteilung der staatlichen Bankengewinne «Bankgewinn-Initiative» wird zugestimmt und der Stadtrat ermächtigt, bei Bedarf die Initiative zurückzuziehen.**

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

920.1	Budget 2026	Geschäfts Nr. 1712
2	Genehmigung des Budgets 2026; Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für natürliche und juristische Personen	MC

Sachverhalt gemäss Einladung und Geschäftsverzeichnis

Traktandum 2: Genehmigung des Budgets 2026; Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für natürliche und juristische Personen

Stadtrat Mathias Christ begrüsst die Anwesenden und präsentiert der Gemeindeversammlung das Budget 2026. Er stützt sich während seiner Ausführungen auf die entsprechenden Präsentationsfolien und das Detaildokument.

Finanzstrategie 2026-2030

Einleitend gibt **Stadtrat Mathias Christ** einen Rückblick auf das vergangene Jahr. 2025 wurde eine Finanzanalyse durchgeführt, welche aufgrund eines Antrags der Gemeindeversammlung im Dezember 2024 zustande gekommen war. Aus den Ergebnissen dieser Analyse wurde eine Finanzstrategie abgeleitet, die die Jahre 2026 bis 2030 begleiten soll. Dabei wurden wesentliche Ziele sowohl zur Senkung der Kosten als auch zur Erhöhung der Einnahmen definiert. In der Folge wurden bereits konkrete Umsetzungs- und Begleitmassnahmen festgelegt. Dazu gehören unter anderem die Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Bereich Bildung, der Ausbau neuer ambulanter Angebote, die Verstärkung des Controllings im Sozialbereich, die konsequente Ausschöpfung von Potenzialen in weiteren Verwaltungsbereichen sowie die Generierung neuer Einnahmequellen.

Die zentralen Punkte der Finanzstrategie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Bis 2030 sollen insgesamt jährlich rund 1,2 Mio. CHF eingespart werden.
- In Phase I (bis 2028) wird ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt, mit Einsparungen von etwa 0,4 Mio. CHF pro Jahr, wobei laufende Verpflichtungen eingehalten und keine neuen Investitionsvorhaben getätigt werden sollen (Investitionen unter 20,3 Mio. CHF).
- In Phase II (bis 2030) liegt der Fokus auf einer nachhaltigen Finanzpolitik mit jährlichen Einsparungen von rund 0,8 Mio. CHF sowie einer restriktiven Investitionspolitik ohne neue Vorhaben. Ziel der Strategie I ist es, die Kosten systematisch zu senken.
- Um bis 2030 eine gesunde Eigenkapitalreserve aufzubauen, ist neben einem höheren Steuersubstrat eine Steuerfusserhöhung in zwei Schritten notwendig. In Phase I (2026 bis 2028) soll der Steuerfuss auf 62 % erhöht werden, was zusätzlich rund 0,6 Mio. CHF an Erträgen bringt, wobei das Steuersubstrat 0,2 Mio. CHF beträgt.
- In Phase II (ab 2028) ist – falls nötig – eine weitere Erhöhung auf 65 % vorgesehen, mit zusätzlichen Erträgen von 0,6 Mio. CHF und einem Steuersubstrat von 0,4 Mio. CHF. Ziel der Strategie II ist es, die Erträge systematisch zu erhöhen.

Nach der Vorstellung der Finanzstrategie 2026-2030 geht **Stadtrat Mathias Christ** zum Budget 2026 über.

Budget 2026

Das Budget 2026 schliesst – unter Berücksichtigung der vorgesehenen Steuererhöhung – mit einem Aufwandüberschuss von CHF 266'704.30 ab. Bereits eingerechnet sind Budgetkürzungen in der Höhe von CHF 360'580.– sowie Mehreinnahmen von CHF 46'000.– aus der Erhöhung der Feuerwehrrersatzabgabe. Für natürliche Personen ist eine

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Erhöhung des Steuerfusses um 3 Prozentpunkte auf neu 62 % vorgesehen. Der Steuerfuss für juristische Personen bleibt unverändert beim Maximalsatz von 55 %. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf CHF 4'781'000.–. Dies führt zu einer Zunahme der Verschuldung um rund CHF 3,6 Mio.

Weiter führt **Stadtrat Mathias Christ** detailliert aus, wie die Budgetkürzungen resp. Mehreinnahmen im Budget 2026 von CHF 406'580.– zustandekommen.

Funktionale Gliederung und Planerfolgsrechnung:

Anschliessend geht **Stadtrat Mathias Christ** auf die einzelnen Funktionen und deren Entwicklung hinsichtlich der Finanzen ein. Die funktionale Gliederung zeigt, welcher Kostenverlauf bis ins Jahr 2030 zu erwarten ist. Hierzu erläutert er jeweils, welche Mehr- oder Minderkosten in den jeweiligen Bereichen zu erwarten sind und wie diese begründet sind.

Die Erläuterungen von **Stadtrat Mathias Christ** lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Allgemeine Verwaltung: Gegenüber dem Budget 2025 wird ein moderater Kostenanstieg von rund CHF 2'000.– erwartet. Bis 2030 soll sich dieser ebenfalls moderat entwickeln. Grund dafür ist eine laufende IT-Modernisierung, die zwar kurzfristig Mehrkosten verursacht, langfristig jedoch die Betriebs- und Datensicherheit sowie die Effizienz erhöht.
- Öffentliche Sicherheit: Im Vergleich zum Budget 2025 wird ein Kostenanstieg von CHF 165'000.– erwartet. Dieser ist hauptsächlich auf die deutlich steigenden Kosten bei der KESB zurückzuführen.
- Bildung: Für 2026 werden Minderkosten von CHF 154'000.– gegenüber dem Vorjahr erwartet, danach ist allerdings wieder mit einer Kostenzunahme zu rechnen. Der Bildungsbereich macht rund 40 % der Gesamtkosten aus und bietet damit das grösste Sparpotenzial. Der Stadtrat hat deshalb eine Task Force Bildung eingesetzt, welche Massnahmen erarbeitet, die ab dem Budget 2027 wirksam werden sollen. Ziel ist eine Anpassung der Strukturen, z. B. bei Klassenanzahl und -grösse sowie in der Personalpolitik.
- Kultur und Freizeit: Es wird ein Mehraufwand von CHF 69'000.– gegenüber dem Vorjahr erwartet. Bereits wurden verschiedene Sparmassnahmen umgesetzt, unter anderem höhere Benützungsgebühren der Eishalle. Bis 2030 wird die Sanierung der Eishalle zu erheblichen Mehrkosten führen; insgesamt ist mit einer Kostensteigerung von rund 136 % zu rechnen.
- Gesundheit: Die Mehrkosten betragen rund CHF 566'000.– gegenüber dem Vorjahr. Ursache sind höhere Gemeindebeiträge an die ambulante Pflege (Spitex) sowie an die Betriebskosten von APG Laufental, Spitex sowie der Mütter- und Väterberatung. Der Handlungsspielraum der Stadt Laufen ist in diesem Bereich gering.
- Soziale Sicherheit: Bis 2030 ist mit weiter steigenden Kosten zu rechnen; auch für 2026 wird ein Anstieg erwartet. Gründe sind höhere Beiträge an die stationäre Pflegefinanzierung sowie Mehrkosten im Sozial- und Asylwesen.
- Verkehr: Für 2026 werden Mehrkosten erwartet, unter anderem aufgrund der Gebietserschließung Dürrenboden. Bis 2030 wird jedoch ein konstanter Kostenverlauf prognostiziert.
- Umwelt und Raumordnung: Es ist ein moderater Kostenanstieg zu erwarten, bedingt durch Projektierungskosten für die Überbauung St. Martinsweg sowie das Vorprojekt der Ortsplanrevision.
- Volkswirtschaft: Bis 2030 wird mit einem Minderaufwand gerechnet – so wurde beispielsweise das Energie-label abgegeben. Dennoch sind Kosten für energetische Sanierungen berücksichtigt.
- Finanzen und Steuern: Es werden höhere Einnahmen aus Einkommens- und Vermögenssteuern natürlicher Personen sowie Kapitalsteuern juristischer Personen erwartet, basierend auf jetzigen Annahmen. Gleichzeitig ist mit einer Reduktion des Ressourcenausgleichs aufgrund von Reformen zu rechnen. Nicht berücksichtigt sind ein möglicher Bevölkerungszuwachs durch die Gebietserschließung Dürrenboden sowie Baurechtserträge ab 2028.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Nach diesem Überblick geht **Stadtrat Mathias Christ** zur Planerfolgsrechnung über. Er zeigt auf, wie sich die Ergebnisse der Erfolgsrechnung, des Eigenkapitals sowie der Bruttoverschuldung in den Jahren 2025 bis 2030 entwickeln. Dabei stellt er die unterschiedlichen Kostenfolgen *ohne* Steuererhöhung, *mit* Steuererhöhung sowie *mit* Steuererhöhung *und* zusätzlichen Struktureinsparungen/Optimierungen dar. Er hält fest, dass das Ergebnis ohne Steuererhöhung ins Minus fallen würde. Eine Steuererhöhung hätte hingegen einen positiven Effekt auf sämtliche Kennzahlen. Würden zusätzlich Struktureinsparungen umgesetzt, würde sich die finanzielle Situation der Stadt Laufen sogar sehr positiv entwickeln. Anschliessend zeigt **Stadtrat Mathias Christ** auf, welche Investitionen zu welchem Zeitpunkt anfallen und wie sich diese finanziell auswirken.

Fazit des Stadtrats

In einem abschliessenden Fazit fasst er seine Ausführungen wie folgt zusammen:

- Eine Finanzanalyse gemäss Auftrag der Gemeindeversammlung wurde durchgeführt.
- Eine Finanzstrategie für die Jahre 2026–2030 wurde erarbeitet.
- Realistische Kürzungen sind im Budget 2026 berücksichtigt.
- Der Fokus liegt sowohl auf grossen Kostenpositionen als auch auf weiteren Bereichen.
- Ein Analyse-Tool mit Benchmark-Vergleichen steht auch für die kommenden Jahre zur Verfügung.
- Strukturanpassungen benötigen Zeit und Ausdauer.

Anschliessend übergibt er das Wort an **Guido Grütter** von der Federas Beratung AG, der in die Finanzanalyse involviert war.

Einschätzung Federas Beratung AG / externe Finanzanalyse

Guido Grütter, externer Berater der Federas Beratung AG, hält die Ergebnisse der Finanzanalyse aus seiner Sicht fest. Die finanziellen Herausforderungen sind sehr gross; es gehe nun darum, die Stadt Laufen vor einem wachsenden Schuldenberg zu bewahren. Laufen sei dabei kein Sonderfall – ähnliche Entwicklungen sind in vielen Gemeinden und Städten zu beobachten.

Wie er weiter ausführt, sind die finanziellen Dynamiken strukturell bedingt, insbesondere durch die Bereiche Gesundheit, Sozialwesen und Bildung. Diese Kosten lassen sich nicht durch reine Budgetkürzungen lösen, da strukturelle Probleme auch strukturell angegangen werden müssen.

Die Analyse hat weiter aufgezeigt, dass die entsprechenden Kosten über dem Durchschnitt anderer basellandschaftlicher Gemeinden liegen. Wie er festhält, wurden die Ursachen erkannt und erste Massnahmen bereits ergriffen. Deren Wirkung benötige jedoch Zeit: Es müsse ein mehrjähriger Transformationsprozess angestossen werden, um nachhaltige strukturelle Anpassungen vorzunehmen. Nur so können langfristige Lösungen erarbeitet und eine weitere Verschuldung verhindert werden. Dieser Prozess sollte zudem gemeinsam, transparent und offen geführt werden. Es brauche Geduld, Zeit und einen langen Atem. Das Budget 2026 sei aber gemäss Federas Beratung AG ein machbarer Schritt und halte sich an die gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Abschliessend wünscht **Guido Grütter** den Einwohnerinnen und Einwohnern alles Gute und bedankt sich für die Möglichkeit, sprechen zu dürfen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei **Guido Grütter** für seine Ausführungen und übergibt **Christian Roth**, Vizepräsident der GRPK der Stadt Laufen, das Wort.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Bericht der GRPK Stadt Laufen

Christian Roth begrüsst die Anwesenden und stellt den Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) der Stadt Laufen vor. Er hält fest, dass die GRPK das Budget 2026 sowie die Investitionsrechnung 2026 unter Einbezug des Aufgaben- und Finanzplans 2026–2030 detailliert geprüft und plausibilisiert hat; die entsprechenden Feststellungen wurden im Revisionsbericht zum Budget 2026 festgehalten.

Zusammenfassend hält die GRPK im Revisionsbericht zum Budget 2026 Folgendes fest:

- Das Budget 2026 zeigt einen Aufwandüberschuss von CHF 266'704.30 unter Berücksichtigung einer vom Stadtrat beantragten Erhöhung des Steuerfusses für die Einkommens- und Vermögenssteuer um 3 % von bisher 59 % auf neu 62 %. Die Steuermehreinnahmen aufgrund der Steuersatzerhöhung dürften sich auf rund CHF 0.6 Mio. belaufen, bzw. CHF 200'000.– für jeweils 1 % Steuererhöhung.
- Die geplanten Nettoinvestitionsausgaben von rund CHF 4.8 Mio. können im Planjahr 2026 nicht voll selbst finanziert werden. Es wird mit einer Neuverschuldung im Planjahr von rund CHF 2.7 Mio. gerechnet.
- Auch wenn durch die externe Finanzanalyse Sparpotenziale erkannt wurden, sind gemäss GRPK daraus folgende Massnahmen bisher noch nicht oder kaum formuliert worden.
- Die Umsetzung von bereits erkannten Massnahmen zur Kosteneinsparung und die Umsetzung von Massnahmen zur Erhöhung der Ertragsbasis werden häufig auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Insbesondere die zahlreichen Projekte zur Erzielung von zusätzlichen Baurechtszinsen kommen nach der Auffassung der GRPK zu wenig rasch voran.
- Die bisher getroffenen Massnahmen (Ausnahme: Steuererhöhung) reichen gemäss GRPK noch nicht, um die Lage zu verbessern. Den zahlreichen Analysen und Abklärungen müssen nun Taten und Entscheidungen folgen.
- Wie auch schon letztes Jahr ist die GRPK der Meinung, dass die Stadt Laufen über ihren Verhältnissen lebt.

Die GRPK hält fest, dass das Budget 2026 sowie die Investitionsrechnung den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, weshalb die GRPK das Budget 2026 und die Investitionsrechnung zur Genehmigung empfehlen kann.

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und leitet zum Antrag über.

ANTRAG

Der Stadtrat beantragt der Gemeindeversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

Festlegung des jeweiligen Steuerfusses

- Natürliche Personen: 62% der Staatssteuer für Einkommens- und Vermögenssteuer (bisher 59%)
- Juristische Personen: 55% der Staatssteuer für Ertrags- und Kapitalsteuer (unverändert)
- Feuerwehersatzabgabe: 5% des Staatssteuerbetrages, Minimum CHF 70.–, Maximum CHF 700.– (gemäss Beschluss GV vom 25.09.2025)

Genehmigung des Budgets 2026

- Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 266'704.30
- Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 4'781'000.–
- Kenntnisnahme der Ergebnisse der Aufgaben- und Finanzplanung 2027 – 2030

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

EINTRETEN

Der Vorsitzende fragt, ob das Eintreten bestritten wird, worauf keine Meldungen folgen. Damit ist das Eintreten beschlossen und die Diskussion kann eröffnet werden.

DISKUSSION

Simon Felix begrüsst die Anwesenden. Er kritisiert, dass der Stadtrat bei der Budgetplanung hauptsächlich auf Steuererhöhungen setze, während andere Einsparpotenziale bisher ungenutzt blieben. Insbesondere das Versprechen, die Abteilungen schlanker zu führen, sei noch nicht umgesetzt worden. Er möchte deshalb drei Anträge stellen, welche direkte Einsparungen zur Folge hätten:

Antrag 1: Die Löhne des Verwaltungspersonals – insbesondere der Abteilung Bau und Planung – sollen um CHF 150'000.– gekürzt werden. Gemäss **Simon Felix** sei es nicht notwendig, eine eigene Abteilung für Bau- und Planungsgeschäfte zu führen. Es gebe auch die Möglichkeit, diese Aufgaben extern zu vergeben, beispielsweise an eine regionale Bauplanung mit Kosten von ca. CHF 29.– pro Einwohner.

Antrag 2: Die im Umfang von CHF 120'000.– budgetierten Kommunikations- und Portokosten sollen um CHF 40'000.– gekürzt werden. Ihm sei bewusst, dass sich der Briefverkehr nicht vollkommen streichen lässt, doch dort, wo es möglich sei, soll auf E-Mail umgestiegen werden – so beispielsweise bei der Rechnungsstellung. Ausserdem würden CHF 60'000.– jährlich an das Wochenblatt bezahlt, wobei der Informationsgehalt dieser bezahlten Seite sehr gering sei. Diesen Betrag könne man deshalb halbieren.

Antrag 3: Im Marktwesen sollen CHF 10'000.– bei den Lohnkosten eingespart werden. Das Verhältnis stimme gemäss **Simon Felix** nicht mehr: Während sich der Markt früher noch gerechnet habe, seien es heute mehr Ausgaben als Einnahmen, obwohl der Markt immer kleiner werde.

Der Vorsitzende nimmt die Anträge entgegen und fasst sie nochmals zusammen. Er übergibt das Wort dann an die jeweils zuständigen Stadträte, damit sie direkt Stellung nehmen können.

Stadtrat Daniel Scholer äussert sich zum Antrag 1. Es sei richtig, dass die derzeit grösseren Bauprojekte in den Händen des Kantons seien – so z. B. der Hochwasserschutz. Dennoch gebe es viel Detailarbeit und viele Schnittstellen mit dem Kanton, bei denen die Abteilung Bau und Planung tätig sei. Ausserdem habe diese Abteilung derzeit ein Stellenpensum von insgesamt 280 %, das sei weniger als noch vor ein paar Jahren. Die Finanzanalyse habe zudem gezeigt, dass die Löhne des Verwaltungspersonals unter dem Durchschnitt liegen. Entsprechend sei dieser Antrag nicht begründet.

Simon Felix äussert dazu, dass in der Finanzanalyse Äpfel mit Birnen verglichen wurden, die entsprechenden Vergleiche seien daher nicht aussagekräftig.

Weiter übernimmt **Stadtrat Mathias Christ** zum Antrag 2 das Wort. Er stimmt zu, dass nach wie vor viel Papier im Umlauf sei – auch Anfragen erreichen die Stadtverwaltung in Papierform, beispielsweise Unterlagen der kantonalen Verwaltung. Im Detail sei ihm nicht bekannt, wie sich der entsprechende Betrag zusammensetzt. Zum Wochenblatt führt er aus: Die Gemeinde verfüge über kein eigenes Publikationsorgan, sondern nutze eine Wochenblatt-Seite, die jährlich CHF 60'000.– koste. Dieses Mitteilungsorgan sei sehr wichtig und werde in der Region stark genutzt; die Bevölkerung informiere sich darüber. Eine Kürzung wäre zwar möglich, hätte jedoch zur Folge, dass weniger Informationen verbreitet würden.

Simon Felix entgegnet, das Informationsmedium sei zwar grundsätzlich wichtig, jedoch würden dort kaum Informationen publiziert, weshalb das Verhältnis der Kosten zum Informationsgehalt nicht stimmen würde.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Dann nimmt **Stadtrat Christian Hamann** Stellung zum Antrag 3 betreffend Löhne im Marktwesen. Grundsätzlich sei es richtig, dass der Monatsmarkt immer kleiner werde, jedoch gebe es auch Gegenbeispiele, so etwa der 1. Mai-Markt, der immer grösser werde. Viele Arbeiten im Hintergrund – insbesondere umfangreiche Korrespondenz mit Teilnehmenden und Mitwirkenden sowie administrativer Mehraufwand – seien nach aussen nicht sichtbar. Demnach werden die Einnahmen immer kleiner, der Aufwand und das Defizit hingegen immer grösser.

Weiter stimmt **Stadtrat Christian Hamann** zu, dass die Bevölkerung von Laufen sich fragen müsse, ob sie dieses Defizit noch tragen wolle, oder ob das Angebot des Marktes Änderungen brauche – so beispielsweise weniger Märkte. Die künftige Ausrichtung der Märkte stelle aber einen Grundsatzentscheid dar, der im Rahmen der heutigen Gemeindeversammlung kaum ausreichend behandelt werden könne. Zusätzlich gebe es ein Reglement des Marktwesens, welches sehr restriktiv sei. Ohne eine Anpassung gebe es wenig Handlungsspielraum.

Abschliessend hält er fest, dass er eine pauschale Lohnkürzung von CHF 10'000 daher als nicht zielführend erachtet. Vielmehr müsse erst die Grundsatzdiskussion geführt werden, wie der Markt in Laufen in Zukunft aussehen soll.

Der Vorsitzende dankt für die Stellungnahmen und bittet das Publikum, sich vorerst nur zu den drei Anträgen von **Simon Felix** zu äussern.

Roland Roth meldet sich zu Wort und teilt mit, dass er den Antrag 2 von **Simon Felix** unterstützt. Für ihn sei der Informationsgehalt im Wochenblatt nicht sehr hoch. Zwar sei es interessant zu erfahren, was an den Stadtratssitzungen behandelt und beschlossen wurde, aber alles Restliche – zum Beispiel die Kolumne – hätte auch in einem Leserbrief Platz. Damit sich die Seite rechne, müsste man sie jede Woche füllen, was jedoch aktuell nicht gemacht werde und auch keinen Sinn habe.

Anschliessend ergreift **Rolf Richterich jun.** das Wort. Er stützt sich während seiner Ausführungen auf eine selbst erstellte Powerpoint-Präsentation und bedankt sich, dass er sie nachträglich noch einreichen durfte. Er erläutert, dass er den Detailbericht der Federas AG angeschaut habe. In diesem Bericht sei auch ein Szenario beschrieben, welches in der vorherigen Präsentation durch **Stadtrat Mathias Christ** nicht dargestellt worden sei. Dieses Szenario (Szenario 1) stelle dar, was passieren würde, wenn die Steuern nicht erhöht werden würden, während aber trotzdem die Massnahmen und Optimierungen umgesetzt werden würden. Gemäss diesem Szenario 1 könne bei konsequenter Umsetzung ein Bilanzfehlbetrag verhindert werden, wobei allerdings das Eigenkapital per Planjahr 2030 mit CHF 1.9 Mio. weiterhin deutlich unter dem Zielwert von CHF 5.8 Mio. liege. Dennoch entstünde ohne Steuererhöhung, aber mit Massnahmen, wieder ein finanzielles Polster. Weiter äussert er sich zu folgenden Punkten:

- Interkommunaler Vergleich: 31 Bereiche seien im Rahmen der Finanzanalyse analysiert worden, relevante Vergleichsgemeinden wie Sissach seien jedoch in den Daten nicht berücksichtigt, wodurch das Benchmarking relativiert werde. In rund zwei Dritteln der Bereiche liege Laufen zudem über oder unter dem Durchschnitt.
- Abschlussaldo: Gemäss kantonaler Statistik habe sich der Abschlussaldo in den letzten elf Jahren verschlechtert; es sei ein kumulierter Verlust von CHF 8,1 Mio. entstanden, was pro Einwohner rund CHF 2'500.– Differenz zum Kanton ausmache. Daraus schliesst er auf strukturelle Fehlentwicklungen.
- Sozialhilfequote: Laufen habe mittlerweile eine Sozialhilfequote von 4,9 %, die über Pratteln und dem Kantonsdurchschnitt liege und weiter steigende Kosten erwarten lasse. Pratteln habe hingegen erfolgreiche Massnahmen ergriffen, um die Quote zu senken.

Zu den Anträgen von **Simon Felix** hält er fest, dass pauschale Budgetkürzungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend seien, da die Materie zu komplex sei. Notwendig sei ein gemeinsamer, koordinierter Prozess unter Einbezug der Kommissionen, um langfristig tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Er plädiert für den Verzicht auf eine Steuererhöhung und die konsequente Umsetzung geplanter Massnahmen. Einzelne Ausgabenpositionen (z. B. Wochenblatt, Strassen, Markt) sollten gemeinsam überprüft werden. Ziel sei, die

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Sozialhilfequote zu senken und neue Steuerzahler zu gewinnen. Entsprechend stellt **Rolf Richterich jun.** den Antrag, auf die Steuererhöhung zu verzichten.

Der Vorsitzende bedankt sich für das Votum und nimmt den Antrag von **Rolf Richterich jun.** entgegen.

Rolf Stöcklin äussert sich zu Antrag 1 von **Simon Felix** betreffend Einsparungen von CHF 150'000.– in der Abteilung Bau und Planung, in dem diese Dienstleistung auch extern eingekauft werden könne. Er stellt die Berechnungsgrundlage in Frage und führt aus, dass bei 6'000 Einwohnerinnen und Einwohner à CHF 23.– Kosten von rund CHF 138'000.– resultierten. Vor diesem Hintergrund sei für ihn nicht ersichtlich, wo die ausgewiesene Einsparung erzielt werden solle.

Anschliessend ergreift **Ralph Jordi** das Wort und stützt sich ebenfalls auf eine eingereichte Powerpoint-Präsentation. Er hält fest, dass im Rahmen der Finanzanalyse aufgezeigt worden sei, in welchen Bereichen die Stadt über ihren Verhältnissen lebe, aber auch, wo sie gut aufgestellt sei. Er würdigt die Umsetzung der Finanzanalyse sowie die Zusammenarbeit mit der Federas AG. Die Analyse und der Vergleich mit anderen Gemeinden seien aus seiner Sicht gelungen. Kritisch merkt er an, dass bislang keine der Feststellungen ins Budget eingeflossen sei. Wie er aufzeigt, gibt es zu den Vergleichsgrössen im Benchmarking eine Abweichung von rund CHF 1.96 Mio. jährlich; gleichzeitig wurde in der Finanzanalyse auch aufgezeigt, in welchen Bereichen diese CHF 1.96 Mio. anfallen. Dazu zählen Bereiche wie Bildung, Sozialhilfe, Sport, Polizei, Feuerwehr etc. Gemäss **Ralph Jordi** müsse es das Ziel sein, sich im Benchmarking zumindest dem Durchschnitt anzunähern – nicht zwingend, zu den günstigsten Gemeinden zu gehören, aber diese Abweichung von fast CHF 2 Mio. gezielt zu korrigieren.

Als nächsten Schritt fordert er, den Stadtrat aktiv bei der Umsetzung der Erkenntnisse zu unterstützen. In allen Departementen sollen konkrete Ausgabenreduktionen vertieft geprüft und bei Bedarf erneut externe Fachpersonen beigezogen werden. Die angestrebten Reduktionen sollen im Budget 2027 sichtbar werden und langfristig zu einem gesunden Finanzhaushalt sowie einer moderaten Steuerbelastung beitragen.

Entsprechend stellt **Ralph Jordi** folgenden Antrag: Im Budget 2026 seien CHF 25'000.– einzustellen, damit der Stadtrat für eine weiterführende Detailanalyse punktuell externe Experten beziehen könne. Die daraus resultierenden Ausgabenreduktionen seien an der Gemeindeversammlung vom 11. Juni 2026 (Rechnung 2025) zu präsentieren. Zudem sei der Fortschritt der Detailanalyse während des Jahres mittels monatlicher Berichterstattung an die GRPK sicherzustellen.

Der Vorsitzende nimmt den Antrag entgegen und erkundigt sich bei **Stadtrat Mathias Christ**, ob für die Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen bislang Mittel budgetiert worden seien.

Stadtrat Mathias Christ bestätigt, dass hierfür CHF 20'000.– im Budget eingestellt seien, konkret im Bereich Bildung. Diese Mittel seien für die Begleitung durch die Federas AG vorgesehen, welche die Arbeitsgruppe Bildung bei der Identifizierung von Sparpotenzialen extern unterstützen solle. Für andere Bereiche erachtet er eine externe Begleitung derzeit nicht als zwingend notwendig und auch nicht als zielführend. Insbesondere beim Sachaufwand (rund 12 %) sowie bei kulturellen Themen sehe er internes Optimierungspotenzial. Auch bei Zweckverbänden gestalte sich ein externer Beizug organisatorisch schwierig, denn grundsätzlich kenne der Stadtrat die regionalen Strukturen und Gegebenheiten am besten.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und weist die Bevölkerung darauf hin, dass dem Stadtrat eine sogenannte Stadtratskompetenz von CHF 200'000.– pro Jahr zur Verfügung stehe. Innerhalb dieses Rahmens könnten auch Ausgaben beschlossen werden, die nicht explizit budgetiert seien. Die Einhaltung dieses Betrags werde regelmässig durch die GRPK überprüft. Die entsprechenden finanziellen Mittel seien somit grundsätzlich vorhanden. Er fragt dann, ob **Ralph Jordi** zu seinem Antrag noch etwas ergänzen möchte.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Ralph Jordi möchte die Diskussion nicht in die Länge ziehen, jedoch möchte er festhalten, dass sein Antrag nicht nur auf den Bereich Bildung abziele, sondern die ganze Breite berücksichtige. Der zweite Faktor sei Zeit: Mit externer Unterstützung könne schneller analysiert werden, wo und wie Einsparungen möglich sind.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Voten.

Linard Candreia bringt sich in die Diskussion ein und nimmt Stellung zum Antrag 5 von **Ralph Jordi**. Während er den letztjährigen Antrag von ihm noch unterstützt habe, lehne er diesen ab. Er betont sein volles Vertrauen in den Stadtrat, insbesondere in **Stadtrat Mathias Christ** in Finanzfragen. Es sei klar erkennbar, dass der Stadtrat die Problematik erkannt habe und daran arbeite.

Weiter äussert er sich zum Antrag 4 von **Rolf Richterich jun.** und weist darauf hin, dass Gemeinden aufgrund unterschiedlicher Strukturen nur bedingt vergleichbar seien. Er nennt Beispiele von Steuerfüssen anderer Gemeinden (Liesberg 61 %, Liestal 65 %) und hält fest, dass die vorgeschlagene Erhöhung um 3 % moderat sei. Liestal sehe in höheren Steuern Entwicklungsmöglichkeiten, während Lauf bei ausschliesslichem Sparen Gefahr laufe, stehen zu bleiben. Er kritisiert ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Stadtrat und ruft zu mehr Gelassenheit auf. Er spricht sich klar für die Steuererhöhung aus und zeigt sich überzeugt, dass man auf dem richtigen Weg sei.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen.

Stadtrat Christian Hamann möchte sich zur Thematik der Zweckverbände nochmals äussern. Er betont, dass der Stadtrat in dieser Angelegenheit keineswegs untätig sei: Bereits wurden verschiedene Punkte bemängelt und Initiativen angestossen, um Kosten zu sparen. Die Umsetzung gestaltet sich jedoch schwierig, da viele Gemeinden beteiligt sind und teilweise nur eine Stimme zur Verfügung steht. Für die Umsetzung werde zudem mehr Zeit benötigt, da es sich um politische Prozesse handle, die nicht mit den schnellen Entscheidungen in der Privatwirtschaft vergleichbar seien. Daher sei eine Umsetzung bis im Juni 2026, wie im Antrag **Ralph Jordi** vorgesehen, nicht realistisch. Des Weiteren spricht **Stadtrat Christian Hamann** die Vergleichsgemeinden an. Diese würden oft nur zahlenmässig eins zu eins gegenübergestellt, ohne die dahinterliegenden Strukturen zu berücksichtigen. Bevor solche Vergleiche herangezogen werden, müssten die jeweiligen „Pakete“ genau analysiert werden, da dies das Ergebnis sowohl positiv als auch negativ relativieren könne. Das angesprochene Einsparpotenzial von 2 Mio. sei daher irreführend.

Danach ergreift **Stadtrat Michael Schwyzer** das Wort und begrüsst die Anwesenden. Er möchte sich zur Sozialhilfe und zum Asylwesen äussern, da diese Themen mehrfach angesprochen worden sind. Zur Sozialhilfe hält er fest, dass es richtig sei, dass Lauf derzeit im Kantonsgebiet die höchste Quote aufweise. Wenn jedoch eine Person ein Gesuch stelle, müsse dieses geprüft werden. Bestehe ein Anspruch, könne die Sozialhilfe weder verweigert noch die Person weggeschickt werden. Zum Thema Asyl erklärt er, man habe mit dem Kanton Rücksprache genommen. Betrachtet man die Quote des Laufentals insgesamt, liege man im Durchschnitt. Lauf weise als Zentrumsgemeinde mit Durchgangszentrum dabei zwar die höchste Quote auf, gehöre im Vergleich mit anderen Gemeinden jedoch zu den kostengünstigeren. Wie er weiter ausführt, lasse sich diese Situation kurzfristig nicht ändern. Abschliessend warnt er davor, die Steuererhöhung abzulehnen. Die Gemeindefinanzen unterlägen Schwankungen; ein Verzicht wäre ein Handeln «auf gut Glück».

Protokollvermerk: Teilweise unverständlich

Johnny Diehl nimmt Stellung und plädiert dafür, Antrag 4 von **Rolf Richterich jun.** zuzustimmen. Eine Steuererhöhung werde zwar möglicherweise irgendwann notwendig sein, zum jetzigen Zeitpunkt sei es dafür jedoch zu früh, da ein detaillierter Massnahmenkatalog fehle. Erst nach Umsetzung der vorgesehenen Massnahmen werde sich zeigen, ob eine Steuererhöhung tatsächlich noch erforderlich sei. Er ermutigt den Stadtrat, die Arbeiten weiterzuführen und die Gemeindeversammlung regelmässig zu informieren.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Zudem führt er aus, dass gebundene Ausgaben nicht immer so starr seien, wie oft angenommen werde. Es bestünden Einflussmöglichkeiten, etwa bei Alters- und Pflegeheimen über Leistungsvereinbarungen. Ebenfalls gebe es Potenzial, die Effizienz zu steigern – so zum Beispiel, indem man die Beratungsstelle IBBS Laufental in die Gemeindeverwaltung integrieren würde, statt sie separat zu betreiben, analog der Gemeinde Sissach. Abschliessend zeigt er Verständnis für die Anträge von **Simon Felix**, betont jedoch, dass der heutige Abend der Frage der Steuererhöhung gewidmet sei.

Georges Schnell meldet sich zu Wort und hält fest, dass die Anträge von **Rolf Richterich jun.** und **Ralph Jordi** zu unterstützen seien, denn nach der jetzigen Auffassung sei die Steuererhöhung nicht nötig. Er ermuntert den Stadtrat, zu zeigen, dass er die notwendigen Massnahmen umsetzen kann und will.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen. Da es keine weiteren Voten gibt, leitet er zur Abstimmung über.

Antrag 1 Simon Felix:

Auf der Abteilung Bau und Verwaltung seien bei den Personalkosten CHF 150'000.– einzusparen.

Der Stimmzähler meldet:

Dafür: Viele
Dagegen: Sehr viele
Enthaltungen: -

Damit hat die Gemeindeversammlung den Antrag 1 von Simon Felix mit **grossem Mehr** abgelehnt.

Antrag 2 Simon Felix:

Im Bereich Kommunikations- und Portokosten seien CHF 40'000.– einzusparen, mit der konkreten Spar-Idee, das Engagement im Wochenblatt zu reduzieren.

Der Stimmzähler meldet:

Dafür: 54
Dagegen: 54
Enthaltungen: 35

*Protokollvermerk: **Der Vorsitzende** hat zunächst über die Ja-Stimmen abstimmen lassen. Danach wurden die Enthaltungen gezählt und zum Schluss die Nein-Stimmen. Da dieses Ergebnis offenkundig nicht zählen kann (faktisch unmögliches Ergebnis, mehr Stimmen im Total als berechnete Anwesende) und eine erneute Abstimmung durch **den Vorsitzenden** als nicht zulässig qualifiziert wurde, stellte **Linard Candreia** den Antrag, die Abstimmung zu wiederholen. Was in der Folge umgesetzt wurde. Die Abstimmung wurde Wiederholt.*

Der Stimmzähler meldet im 2. Durchgang:

Dafür: 53
Dagegen: 66
Enthaltungen: -

Damit hat die Gemeindeversammlung den Antrag 2 von Simon Felix mit **66 Nein-Stimmen** abgelehnt.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Der Vorsitzende macht abschliessend beim Stadtrat beliebt, dass aufgrund des knappen Abstimmungsergebnisses die Budgetposition in Zukunft überprüft werden sollte.

Antrag 3 Simon Felix:

Im Marktwesen seien bei den Lohnkosten CHF 10'000.– einzusparen.

Der Stimmzähler meldet:

Dafür: Wenige

Dagegen: Viele

Enthaltungen:

Damit hat die Gemeindeversammlung den Antrag 3 von Simon Felix mit **grossem Mehr** abgelehnt.

Vor der Abstimmung zu Antrag 4 von **Rolf Richterich jun.** ergreift **Stadtrat Mathias Christ** das Wort und empfiehlt der Versammlung, dem Antrag nicht zuzustimmen. Er habe Verständnis dafür, dass eine Steuererhöhung unpopulär sei, möchte jedoch die Beweggründe des Stadtrats nochmals darlegen. Gemäss Analyse der Federas Beratung AG sei für einen stabilen Finanzhaushalt ein Eigenkapital von rund CHF 5,9 Mio. erforderlich. Um dieses Ziel zu erreichen, finanziellen Spielraum zu schaffen und das Risiko einer Verschuldung abzuwenden, sehe der Stadtrat Handlungsbedarf. Die letzte Anpassung des Steuerfusses sei 2002 auf 59 % erfolgt; seither sei dieser unverändert geblieben. Angesichts der veränderten Kostenstruktur in den vergangenen Jahren handle es sich um eine moderate Erhöhung. Diese erfolge nicht aus Eigeninteresse, sondern im Sinne der langfristigen Stabilität der Gemeinde. Zudem stünden zahlreiche Projekte an, die sich damit positiv entwickeln könnten. Auch im Zusammenhang mit kantonalen Vorhaben zur Aufwertung Laufens wäre eine Verschuldung problematisch. Man stelle nun die Weichen für die kommenden Jahre. Sollte sich die finanzielle Lage verbessern, könne der Steuerfuss künftig auch wieder gesenkt werden – dies sei in der Vergangenheit bereits geschehen. Aufgrund der vorliegenden Berechnungen empfehle der Stadtrat der Versammlung, der Steuererhöhung zuzustimmen.

Der Vorsitzende leitet damit zur Abstimmung des Antrags über.

Antrag 4 Rolf Richterich:

Die vom Stadtrat beantragte Steuererhöhung sei abzulehnen.

Der Stimmzähler meldet:

Dafür: 72

Dagegen: -

Enthaltungen: -

Damit hat die Gemeindeversammlung den Antrag 4 von Rolf Richterich **mit absolutem Mehr** angenommen.

Protokollvermerk: Bei 132 Stimmberechtigten liegt das absolute Mehr bei 67 Stimmen.

Antrag 5 Ralph Jordi:

Es seien CHF 25'000.– im Budget einzustellen, um damit der Stadtrat für eine weiterführende Analyse zur Ausgabenreduktion externe Experten beiziehen kann.

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Der Stimmzähler meldet:

Dafür: 46

Dagegen: 84

Enthaltungen: -

Damit hat die Gemeindeversammlung den Antrag 5 von Ralph Jordi **mit grossem Mehr** abgelehnt.

Der Vorsitzende leitet damit zum Hauptantrag des Stadtrats über, der nun in geänderter Form ohne Erhöhung des Steuerfusses vorliegt.

Der Stimmzähler meldet:

Dafür: Sehr viele

Dagegen: -

Enthaltungen: -

Damit hat die Gemeindeversammlung **mit grossem Mehr** beschlossen:

://: 1. Die Gemeindesteuerfüsse für das Jahr 2026 werden wie folgt festgesetzt:

Natürliche Personen

- a) **59 % der Staatssteuer für die Einkommens- und Vermögenssteuer, wie bisher**

Juristische Personen

- a) **Für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften für die Ertrags- und Kapitalsteuer: 55 % der Staatssteuer, wie bisher**
- b) **Für bisherige Statusgesellschaften (Holding-, Domizil-, gemischte Gesellschaften, etc.) für die Ertrags- und Kapitalsteuer: 55 % der Staatssteuer, wie bisher**
- c) **Für Vereine, Stiftungen und übrige Juristische Personen für die Ertrags- und Kapitalsteuer: 55 % der Staatssteuer, wie bisher**

Feuerwehersatzabgabe

- a) **Die Feuerwehersatzabgabe ist auf 5 % des Staatssteuerbetrages sowie das Minimum bei CHF 70.- und das Maximum auf CHF 700.- zu belassen.**

://: 2. Genehmigung des Budgets 2026

Aufgrund des Antrages von Rolf Richterich wurde das Budget 2026 wie folgt berichtigt:

- **Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 926'704.30**
- **Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 4'781'000.00**
- **Aufgaben- und Finanzplan 2026 – 2030: Zur Kenntnis genommen**

Der Vorsitzende leitet damit zum nächsten Traktandum über und übergibt das Wort an **Stadtrat Daniel Scholer**.

Rolf Richterich jun. stellt daraufhin den Antrag, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit die Gemeindeversammlung an dieser Stelle zu beenden und die noch ausstehenden 2 Traktanden an der nächsten Gemeindeversammlung zu behandeln. Dies ist gemäss §61 Abs. 4 des Gemeindegesetzes möglich.

Ordnungsantrag aus der Versammlung: Abbruch der Gemeindeversammlung

Gemeindeversammlung vom 11. Dezember 2025

Der Stimmenzähler meldet:

Dafür: Sehr viele

Dagegen: -

Enthaltungen: -

Damit hat die Gemeindeversammlung **mit grossem Mehr** beschlossen:

://: Die Gemeindeversammlung wird an dieser Stelle beendet. Die beiden noch ausstehenden Traktanden werden anlässlich der nächsten Gemeindeversammlung nochmals traktandiert.

010.1	Verschiedenes	Geschäfts Nr. 103
5	Verschiedenes, Mitteilungen, Anträge	

Traktandum 5: Verschiedenes, Mitteilungen, Anträge

Der Vorsitzende eröffnet das letzte Traktandum und erkundigt sich nach Wortmeldungen aus dem Stadtrat und der Versammlung. Da keine Meldungen erfolgen, leitet er zu den Schlussfeststellungen über.

Schlussfeststellungen

Der Vorsitzende stellt die Frage zur Leitung der Versammlung: «Wird die rechtmässige Durchführung der heutigen Einwohnergemeindeversammlung bestritten?»

Es gehen keine Meldungen ein.

Er hält fest, dass dies nicht der Fall ist und schliesst damit um ca. 22:50 Uhr die Einwohnerversammlung und dankt den Stimmenzählern sowie allen Gästen für ihr Erscheinen und die Teilnahme an den Diskussionen.

Die Menge applaudiert.

Laufen, 27. Februar 2026

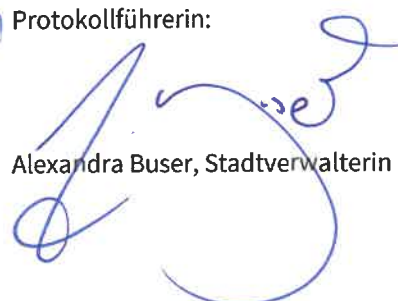
NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Präsident:



Roland Stoffel

Protokollführerin:



Alexandra Buser, Stadtverwalterin